

# Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 10/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem November-Newsletter möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Die Plenarsitzung am Donnerstag begann mit einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zur sanierungsbedürftigen A1-Brücke in Leverkusen, konkret zur Lastwagen-Sperranlage. Unser verkehrspolitischer Sprecher, Andreas Becker, hat die momentane Situation auf den Punkt gebracht: "[...] Es hilft niemandem, den unbestritten schwierigen Komplex der Leverkusener Brücke zu parteipolitischen und wahltaktischen Zwecken zu missbrauchen. (...) Im Interesse der betroffenen Verkehrsteilnehmer und Anwohner kann nur konstruktives Zusammenwirken aller Beteiligten dazu führen, die Lage zu verbessern. Die Landesregierung macht hier zusammen mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW und den beteiligten Städten eine gute Arbeit, die wir weiter positiv begleiten werden."

Zudem hat der Petitionsausschuss, dem Serdar Yüksel als einer von 25 Abgeordneten angehört, seinen Bericht für das zweite Halbjahr 2015 dem Parlament vorgelegt. Eingegangen sind in diesem Zeitraum mehr als 1.400 Petitionen. Besonders häufig wendeten sich Bürger und Bürgerinnen mit Problemen im Bereich "Soziales" an den Petitionsausschuss.

Außerdem möchten wir über unseren Bochum-Tag berichten: Mehrmals im Jahr besuchen wir gemeinsam unterschiedliche Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen, um Bochum und die Menschen noch besser kennenzulernen. Den ganzen Montag waren wir unterwegs: In der Kita St. Meinolphus, im St. Marienstift, im Hospiz St. Hildegard und im CentrumCultur der AWO in Wattenscheid haben wir einen Stopp eingelegt. Ein sehr spannender, aber auch bewegender und nachdenklicher Tag, über den Sie und ihr einen ausführlichen Bericht unten lesen könnt.

Zuletzt möchten wir noch eine Veranstaltung ankündigen: Am Montag, den 14. November 2016, findet im Volkshaus Röhlinghausen, Am Alten Hof 28, 44651 Herne, eine Bürgerversammlung zu der Frage "Demokratie in Gefahr? Zwischen Salafismus und Rechtsextremismus" statt. Burkhard Freier, Leiter der nordrhein-westfälischen Abteilung des Verfassungsschutzes, wird dort gemeinsam mit Serdar Yüksel als Referent und Diskussionspartner anzutreffen sein. Über zahlreiches Erscheinen freuen wir uns.

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen!

Beste Grüße

C. Godeche
Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel MdL

## Erfolgreich: 1,4 Milliarden Euro mehr für NRW



Die Verhandlungen waren lang und hart, aber das Ergebnis hat sich gelohnt: Der bisherige Länderfinanzausgleich wird abgeschafft, die Bundesländer und die Bundesregierung haben sich auf ein neues System geeinigt, das ab 2020 greift. Und vor allem: Nordrhein-Westfalen erhält dann 1,4 Milliarden Euro mehr. Das ist ein großer Erfolg für Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans, die sich mit ihren Vorschlägen gegen anfangs massive Widerstände durchgesetzt haben. Nordrhein-Westfalen kann endlich mehr von dem behalten, was hier erwirtschaftet wird. Die Kernforderung, ungerechten den

Umsatzsteuervorwegausgleich abzuschaffen, wurde durchgesetzt. Jetzt wird noch klarer, dass NRW ein Geberland ist. Am Ende steht ein System das transparenter und gerechter ist und gleichzeitig die Solidarität mit den finanzschwachen Ländern sicherstellt. Die Landesregierung unterrichtete am Mittwoch zum Auftakt der Plenarsitzung den Landtag über das Verhandlungsergebnis.

#### Natürlich: Mehr Raum für Artenschutz

Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz setzen die Landesregierung und die Regierungsfraktionen die Weiterentwicklung der NRW-Naturschutzpolitik fort. Wichtige Eckpunkte sind: die Fläche des Biotopverbundes in NRW wird künftig auf 15 Prozent der Landesfläche festgesetzt. Grünland darf nicht mehr in Ackerflächen umgewandelt werden. So erhalten wir für den Artenschutz wichtige Flächen. Für Naturschutzflächen soll es ein Vorkaufsrecht des Landes sowie zu Gunsten von Naturschutzstiftungen geben. Damit verhindern wir einen Ausverkauf unseres Naturerbes. Auch das bürgerschaftliche



Engagement wird durch erweiterte Mitwirkungsrechte für Naturschutzverbände gestärkt. Das Landesnaturschutzgesetz wurde am Mittwoch verabschiedet.

### Solidarisch: Der Stärkungspakt wirkt!

Im nordrhein-westfälischen Landtag wurde am Mittwoch das Gesetz zur Einführung einer dritten Stufe des Stärkungspaktgesetzes abschließend beraten. Der Stärkungspakt ist seit 2011 ein maßgeblicher Baustein der Landespolitik und stellt für bisher insgesamt 61 überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,76 Milliarden Euro zur Verfügung. Die ersten beiden bereits in Kraft getretenen Stufen des Stärkungspakts sehen für die teilnehmenden Kommunen einen Haushaltsausgleich bis 2021 vor. Die bereits im Stärkungspaktgesetz vorgesehene Möglichkeit zur Erweiterung um eine "Dritten Stufe" wird nun auf den Weg gebracht.

Die Teilnahme erfolgt dabei freiwillig. Bewerben können sich Gemeinden, die bis einschließlich 2015 überschuldet waren und dies durch den Jahresabschluss 2014 oder ihre Haushaltsdaten 2015 nachweisen können. Die Teilnehmer der dritten Stärkungspaktstufe müssen dann den Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe bis spätestens 2023 erreichen. Mit den vorgesehenen Maßnahmen setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Sanierung der kommunalen Haushalte fort. Wir bleiben ein verlässlicher Partner der Kommunen!

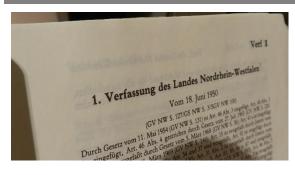
#### Konsequent: Angebote für Pflegebedürftige weiterentwickeln

Pflegebedürftige Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche. Für Pflegebedürftige mit erhöhtem Betreuungsbedarf gibt es daher ergänzend zur reinen häuslichen Pflege auch niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote. Mit diesen Angeboten können die pflegenden Angehörigen entlastet, aber auch die Pflegebedürftigen gefördert, betreut oder beaufsichtigt werden. Mit der am Mittwoch im Plenum beratenen Änderung des Alten- und Pflegegesetzes vom 2. Oktober 2014 wurde die Grundlage geschaffen, die bestehende "Verordnung über niedrigschwellige Hilfe- und



Betreuungsangebote für Pflegebedürftige" (HBPfVO) durch die von der Landesregierung zu erstellende "Verordnung über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen" (AnFöVO) auf die Kreise und kreisfreien Städte zu übertragen. Die Kreise und kreisfreien Städte kennen in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden die örtlichen Gegebenheiten und gemeindlichen Strukturen für die beantragten Angebote zur Unterstützung im Alltag. Auf diese Weise soll eine zeitnahe und damit dem Bedarf der anspruchsberechtigten Personen angemessene Bearbeitung gewährleistet werden. Außerdem ergeben sich Änderungen durch die Pflegestärkungsgesetze I und II, die eine Stärkung der Rolle der Kommunen vorsehen. Mit der Änderung des Alten- und Pflegegesetzes und der neuen Verordnung kann den Pflegebedürftigen sowie den pflegenden Angehörigen eine breite, qualitativ gut aufgestellte, Angebotslandschaft zur Verfügung gestellt werden. Der Landtag hat das Gesetz am Mittwoch abschließend beraten und verabschiedet.

## Demokratisch: Mehr Partizipation wagen!



Auch wenn nach dreijährigen intensiven Beratungen in der Verfassungskommission ein Teil unserer Vorstellungen von der Opposition blockiert wurden, gilt: Wir halten unsere Versprechen, unser Einsatz für mehr Partizipation in NRW geht weiter!

Daher haben die rot-grünen Koalitionsfraktionen für das Plenum im November zwei Gesetzentwürfe zur Änderung der Landesverfassung eingereicht:

- 1. Wir wollen mehr Partizipation für junge Menschen! Deshalb schlagen wir die Aufhebung des Wahlalters in der Landesverfassung vor, um eine einfachgesetzliche Regelung möglich zu machen, die vorsieht das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre zu senken. Das Wahlalter ab 16 ist und bleibt eine unserer zentralen Forderungen.
- 2. Wir wollen mehr Partizipation für in NRW lebende Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger. Integration hat viele Facetten, Partizipation gehört auch dazu. So wollen wir unsere Forderung umsetzen und ein kommunales Wahlrecht für in NRW lebende Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger einführen.

Zu beiden Punkten gab es lange Diskussionen in der Verfassungskommission und vor allem viel Zuspruch. Diverse Experten haben die Verfassungskonformität der Vorhaben bestätigt.

Aber auch die Schuldenbremse ist nicht in Vergessenheit geraten. Da mit der CDU eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung nicht möglich war, wollen wir jetzt eine einfachgesetzliche Regelung über Änderungen der Landeshaushaltsordnung. Diese ist notwendig um auch Ausnahmetatbestände, wie beispielsweise die Kreditaufnahme im Falle von Katastrophenfällen, zu regeln.

Es wird festgeschrieben, dass ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden dürfen. Diese Pflicht gilt sowohl bei der Aufstellung wie auch im Vollzug. Wir verfolgen damit eine maß- und verantwortungsvolle Regelung.

Im Oktober hat der Landtag Verfassungsänderungen beschlossen, die durch die Verfassungskommission vorgeschlagen wurden. Schon einen Monat später haben wir jetzt einen weiteren Gesetzentwurf eingebracht, der die notwendigen einfachgesetzlichen Umsetzungsschritte vorsieht. Darin wird unter anderem das neue Wahlverfahren für die Richter am Verfassungsgerichtshof festgeschrieben, weil diese zukünftig ausnahmslos durch den Landtag gewählt werden sollen.

Diese Gesetze wurden am Donnerstag in den Landtag eingebracht und in der 1. Lesung beraten.

#### Planbar: Finanzielle Sicherheit für die Hochschulen



Hochschulen Die in Nordrhein-Westfalen blicken in eine gute Zukunft mit einer sehr hohen Planungssicherheit. Nach dem Hochschulzukunftsgesetz (HZG) von 2014 und dem seit 2010 um rund 45 Prozent gestiegenen Wissenschaftsetat haben folgenden erfolgreichen Dreiklang

verankert: Dieser besteht aus einem zukunftsweisenden Landeshochschulentwicklungsplan (LHEP), der auf Beschluss des Landtags durch die Landesregierung erfolgreich mit der "Hochschulvereinbarung NRW 2021" verknüpft wurde. Als drittes Element wurde zuvor der Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen aus dem HZG zwischen Land, Hochschulen und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter als Vertrag "Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal" erfolgreich verhandelt.

Herausragend ist dabei die neue Hochschulvereinbarung, weil sie die Planungssicherheit für die Hochschulen noch einmal erhöht. Dies gelingt durch die Verstetigung von 340 Millionen Euro, die in die Hochschulhaushalte verlagert werden und die Übernahme von Tarif- und Mietsteigerungen durch das Land. Im Gegenzug haben die Hochschulen zugesagt, den LHEP und die im Vertrag für gute Beschäftigungsbedingungen versprochene Schaffung von Dauerstellen umzusetzen. Das alles sorgt dafür, dass die Hochschulen sehr sicher und zukunftsfähig aufgestellt sind.

Ein entsprechender Antrag von SPD und Grünen wurde am Donnerstag im Landtag beraten und direkt abgestimmt.

## Anerkannt: Stärkung für das Ehrenamt

Am Donnerstag wurde das "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" vom nordrheinwestfälischen Landtag verabschiedet. Damit sollen die im vergangenen Jahr in einer fraktionsübergreifenden Kommission des Landtags mehrheitlich beschlossenen Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.



Der Gesetzentwurf beinhaltet zahlreiche Verbesserungen

für ehrenamtliche tätige kommunale Mandatsträger und unterstreicht die Bedeutung, die wir der Stärkung des kommunalen Ehrenamts beimessen. Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf unter anderem folgende Regelungen vor: Schaffung der Rechtsgrundlage zur Einführung einer Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende, Ermächtigungsgrundlage zur Einführung eines landesweit einheitlichen Mindestund Höchstsatzes für den Verdienstausfall, ausdrückliche Verankerung von Seniorenvertretungen,

Behindertenvertretungen, Jugendvertretungen und Vertretungen entsprechender anderer Gruppen in der Gemeindeordnung.

Das neue Gesetz ist somit ein wichtiges Signal für die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich für die Belange ihrer Kommunen einsetzen und hierfür neben ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen einen nicht unerheblichen Teil ihrer freien Zeit verwenden.

## Wahlkreisdelegiertenkonferenzen wählen Kandidaten mit großer Mehrheit für das kommende Wahljahr



kandidieren weiterhin für den Landtag von Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke (94% - Landtagswahlkreis 107) und Serdar Yüksel (97% - Landtagswahlkreis 109). Karsten Rudolph ist bereits von 2002 bis 2010 Landtagsabgeordneter gewesen, kandidiert im nächsten Jahr aber erstmalig für Bochum (92% - Landtagswahlkreis 108). Für die Bundestagswahl hat die Wahlkreisdelegiertenkonferenz erneut Axel Schäfer zum Kandidaten gewählt (91% - Bundestagswahlkreis 140). Darüber hinaus wurde Michelle Müntefering vom Unterbezirksparteitag als Bundestagskandidatin für die noch anstehende Wahlkreisdelegiertenkonferenz in

Die Kandidaten der SPD-Bochum für das Wahljahr 2017

aufgestellt. Mit jeweils großer Mehrheit

Herne empfohlen.

# Bochum-Tag: Eine Reise durch das Leben

Was ist eigentlich fair? Eine gar nicht so einfache Frage, mit der sich die Kinder in der Kita St. Meinolphus beschäftigen. Eins war für sie von Beginn an klar, unfair ist ein Foul im Fußball. Am Montag besuchten die beiden Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel die KiTa St. Meinolphus. Im Rahmen dieses Besuchs berichteten die Leiterinnen dreier Kitas in Bochum - KiTa Kindervilla Dreihügel/ St. Elisabeth, KiTa Herz Jesu und KiTa St. Meinolphus - gemeinsam mit der Abteilungsleiterin des KiTa Zweckverbandes im Bistum Essen für den Bereich Bochum, Barbara



Wagner, über ihre Erfahrungen mit dem Projekt FaireKITA. Während zwei der drei KiTas bereits im April 2015 als FaireKITA zertifiziert worden sind, macht sich die Kita St. Meinolphus momentan auf den Weg auch offiziell eine FaireKITA zu werden. Bereits seit einiger Zeit arbeiten die Kinder, die Mitarbeiter und auch die Eltern gemeinsam in vielerlei Hinsicht an diesem Projekt: So haben die Kinder unter anderem gemeinsam mit ihren Erzieherinnen verschiedene Supermärkte aufgesucht und geschaut, welche fairen Produkte man dort kaufen kann. Und man wird es kaum glauben, faire Produkte müssen noch nicht einmal immer teuer sein. Mittlerweile kann man einige faire Produkte sogar in den Discountern erwerben. Auch die Kinderrechte, sowie die Problematik der Kinderarbeit sind den Kleinen in der KiTa nicht fremd. Schwierige Themen, die allein durch die Frage: "Woher ist eigentlich mein T-Shirt?" spielerisch erarbeitet wurden. Aber auch der Nachhaltigkeitsgedanke kommt nicht zu kurz: Eine Fahrradbörse und ein Flohmarkt gehören ebenfalls zum Veranstaltungskalender.

Die Leiterinnen betonten allesamt, dass das Schöne an diesem Projekt ist, dass die KiTas es von sich aus planen können, wenn sie daran Interesse haben und das Projekt schließlich aus sich selbst heraus wächst. Denn nach einer kurzen Anfangsphase seien es häufig die Kinder, die der Motor für das Projekt seien und den fairen Gedanken sogar mit nach Hause nehmen.

Wenn Sie Interesse haben und vielleicht auch die KiTa Ihrer Kinder oder Enkelkinder eine FaireKITA werden soll, finden Sie hier weitere Informationen und die Voraussetzungen für die Zertifizierung.



Von den Kleinsten in der Kita ging es für die beiden Abgeordneten ins St. Marienstift, das nur einige Straßen von Kita St. Meinolphus entfernt liegt. Die Pflegedienstleitung, Frau Röhr, zeigte den Gästen das Haus, in dem momentan 85 Bewohner im Alter von 51 bis 102 Jahren auf 4 Wohnbereichen leben. Im Anschluss fand für interessierte Bewohner gemeinsam mit Gödecke und Yüksel ein "Polit-Brunch" statt. Die Bewohner richteten Fragen aus ganz unterschiedlichen Bereichen an die Abgeordneten: Fragen zur Person, insbesondere zu Herrn Yüksel, denn dieser war inklusive seiner Ausbildungszeit fast 19 Jahre als

Krankenpfleger tätig, politische Fragen zur Pflege, aber auch persönliche Anliegen, die sie im Alltag

beschäftigen.

Nach diesem Termin wurden Gödecke und Yüksel bereits im Hospiz St. Hildegard erwartet. In der stationären Pflegeeinrichtung informierten sich die Abgeordneten über die Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Zusammen mit dem Caritasdirektor Ulrich Kemner und dem Leitungsteam besichtigten Gödecke und Yüksel das Haus und hatten sogar die Möglichkeit mit Ehrenamtlichen, die vor Ort tätig sind, zu sprechen. "Ihr Einsatz für sterbende Menschen und deren Angehörige ist unverzichtbar und absolut wertvoll. Dafür möchte ich Ihnen nicht nur als Landtagsabgeordnete,



sondern auch persönlich ganz herzlich danken", sagte Carina Gödecke. Serdar Yüksel, der durch seine jahrelange Erfahrung als Krankenpfleger auf einer Intensivstation bereits beruflich viel mit Menschen in Kontakt gekommen ist, die sich in der letzten Phase ihres Lebens befanden, betonte, wie wichtig es ist für jeden Menschen, der geht, den passenden und würdigen Rahmen zu schaffen und individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Für die beiden Landtagsabgeordneten war es ein sehr schöner, aber zugleich auch sehr bewegender und nachdenklich stimmender Besuch.



Zuletzt besuchten Gödecke und Yüksel an diesem Tag das CentrumCultur der AWO in Wattenscheid. Viele Geflüchtete, insbesondere aus Syrien und dem Irak, waren gekommen um mit den Abgeordneten über ihre Sorgen und Probleme zu sprechen. Fragen Familiennachzug, zu Ärzten oder auch zur Wohnungssuche waren für die Betroffenen besonders wichtig. Gödecke und Yüksel bemühten sich mit praktischen Tipps den Geflüchteten zu helfen, auch wenn leider nicht jedes Problem auf Anhieb gelöst werden konnte. Dank zwei Übersetzerinnen, die das

Gespräch sowohl auf Arabisch, als auch auf Kurdisch übersetzten, war auch die Verständigung kein Problem. Yüksel ermunterte all diejenigen, die bei der Begegnung noch kein Deutsch sprechen konnten, bis zu nächsten Mal zumindest ihre Fragen auf Deutsch zu stellen.

#### Laersche Runde zu Gast in Düsseldorf



Kurz vor Beginn der Herbstferien besuchten Mitglieder der Laerschen Runde aus Bochum-Laer die Landtagspräsidentin Carina Gödecke im nordrhein-westfälischen Landtag.

Dabei stand neben einer Einführung in die Tagesordnung des anstehenden Plenartags, ein Besuch auf der Tribüne des Plenarsaals, sowie eine Diskussionsrunde mit Carina Gödecke als örtlich zuständigen Abgeordneten auf dem Programm.

Die Laersche Runde besteht aus Vertretern von örtlichen Vereinen, Verbänden und Institutionen, die sich bereits in den 90er Jahren

zusammengeschlossen hat. Mittlerweile hat sich der Zusammenschluss auch ganz für alle interssierten Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Gödecke selbst hat eine ganz besondere Beziehung zur Laerschen Runde, denn sie gehörte damals zusammen mit dem damaligen Gemeindepfarrer Karl Kosel zu den Gründungsmitgliedern der Initiative, die sich gründete, um Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet im früheren Jugoslawien zu helfen. In der Diskussionsrunde mit Gödecke drehten sich die Fragen rund um die zuvor gewonnen Eindrücke im Plenarsaal. Denn dieser Tag war auch kein ganz normaler Plenartag: Vor Beginn des Plenums fand im Plenarsaal der Festakt zum 70-jährigen Bestehen des Landtags von Nordrhein-Westfalen statt.

#### Bochumer Gäste zum Arbeitnehmerempfang der SPD-Fraktion im Landtag

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 3. November 2016 zu ihrem Arbeitnehmerempfang mit dem thematischen Schwerpunkt "Arbeit 4.0" nach Düsseldorf eingeladen. Anlässlich des Themenschwerpunktes nahm auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles an der Veranstaltung teil und informierte hierzu.

Auch die Abgeordneten hatten die Möglichkeit Gäste aus ihrem Wahlkreis zum Arbeitnehmerempfang einzuladen. Und so freute sich Serdar Yüksel die Bochumer Gäste im nordrhein-westfälischen Parlament - auch im Namen von Carina Gödecke - begrüßen zu dürfen.



#### Weitere Informationen

#### Carina Gödecke





### Serdar Yüksel

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0